

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 51

Erstes Semest.
 Bezugspreis vierteljährlich 1,20 Mk. Zur Deckung
 Zerkulung bei allen Postämtern.

Berlin, den 13. Dezember 1931

Verlag: Berlin G2, Neuer Markt 6-12 IV.
 Fernruf: Berlin B 2, Rudolphstr. 1129.
 Anzeigen werden nicht angenommen.

47. Jahrgang

Sturm auf den Lohn!

Seit Wochen beschäftigt sich die Reichsregierung mit einer neuen Notverordnung, die nunmehr den tiefsten Einschnitt in das Wirtschaftsleben bringen soll. Ihre Fertigstellung und Bekanntgabe ist von Tag zu Tag verzögert und so dem Rätselraten um ihren Inhalt Tür und Tor weit geöffnet worden. Bestimmt weiß man nur, daß die Reichsregierung entgegen allen ihren Erklärungen und Versprechungen einen erneuten und diesmal nicht mehr zu überbietenden Druck auf den Lohn auszuüben gedenkt, um die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters auf einen Tiefstand herabzudrücken, der nicht nur unerträglich niedrig, sondern auch dem Ansehen Deutschlands absolut unwürdig ist.

Nach den Mitteilungen der Tagespresse soll der Lohnstand vom 10. Januar 1927 die materielle Unterlage der Notverordnung sein. Beim Abschluß der vorliegenden Nummer unserer Zeitung liegen bestimmte Angaben noch nicht vor. Es kann jedoch nicht daran gezweifelt werden, daß die Reichsregierung — einschließlich des Arbeitsministers aus christlichem Gewerkschaftskreis — einmal mehr den Weg des Lohnendrucks geht, um die Reichsfinanzen zu sanieren, daß sie einmal mehr alle Lasten auf die breite Masse des Volkes abwälzt und daß sie einmal mehr schonungsvoll am Besitz und an den Kapitalverhältnissen vorbeigeht. Vor diesem Schritt haben unsere Gewerkschaften oft genug gewarnt. Der Vorstand des ADGB hat noch in letzter Stunde beim Reichskanzler dagegen Protest erhoben, daß „eine Lohn- und Gehaltsenkung dergestalt eintreten soll, daß von einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Ausschaltung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden sollen“. Der Vorstand des ADGB warnte die Reichsregierung, den Weg der Lohnsenkung noch weiter zu gehen, er protestierte besonders gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht. Diese Warnung wird die Regierung Brünning wieder in den Wind schlagen, sie hat sich nachgerade lange genug darin geübt, mit tiefer Referenz vor dem Besitz und den Unternehmern die Hungerpeitsche über den Arbeitermassen zu schwingen. Die nächsten Stunden sind Schicksalsstunden für die deutschen Arbeiter.

Inzwischen tobt sich die Unternehmerpresse in einer Art aus, die deutlich erkennen läßt, wie sie jetzt Morgenluft wittert. Hatte sie seither doch noch einige Rücksicht auf die Achtung

abgeschlossener Verträge genommen, dann läßt sie jetzt die Maste fallen und zeigt, wie sehr sie darauf brennt, Verträge unter behördlicher Sanktion nur als einen Fetzen Papier behandeln zu können. Auch unsere Unternehmerpresse macht dabei — wie üblich — keine Ausnahme. In allen unseren beruflichen Organen finden sich heute Auslassungen, die in zum Teil unverfälschtester Art gegen jede tarifliche Bindung des Arbeitslohnes vom Seder ziehen und die Aufhebung tausender Verträge als ganz selbstverständlich ansehen. Sie tun dann sehr erkaunt und martieren mit sehr viel Theater den sittlich Entrüsteten, wenn die Gewerkschaften ihrer seither zur Schau getragenen überfließenden „Tarifreundlichkeit und Vertragstreue“ die Maste abreißen. Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Papierverarbeitenden Industriellen brachte es sogar fertig, durch eine Feststellungsklage vor dem Arbeitsgericht sich das Recht zur vorzeitigen Aufhebung des rechtsgültig bis zum 13. Januar 1932 abgeschlossenen „Api“-Lohns tarifs beschneigen zu lassen. Das Urteil in dieser Sache steht noch aus, es ist jedoch anzunehmen, daß das Arbeitsgericht Herrn Dr. Feldgen recht deutlich sagen wird, daß vorerst ein Vertrag immer noch ein Vertrag ist, und daß eine geleistete Unterschrift vorerst noch immer bindend bleibt.

Die in unserer Fachpresse zu Wort kommenden wild gewordenen Stribenten leisten sich die tollsten Dinge, sie scheuen nicht vor Entstellungen und Verdrehungen, auch nicht vor positiven Unwahrheiten zurück. Die Abwehrstellung unseres Verbandes gegen weiteren Lohndruck wird z. B. in den „Api“-Mitteilungen als „geradezu hysterisches Geschrei“ bezeichnet und die behördlichen Schlichtungsstellen werden gewarnt, sich nicht „durch das wilde Gebaren der Gewerkschaftsvertreter bluffen“ zu lassen. Dabei will es die Ironie des Schicksals, daß gerade dieser Mann bei allen Stellen, mit denen er zu tun hat, als Meister des Bluffs sattem bekannt ist.

In Ermangelung besserer Unterlagen feiern heute Inbezugfahnen und andere Zahlenspielereten wieder wahre Orgien. In den „Api“-Mitteilungen soll z. B. ein gewaltsam konstruiertes Beispiel beweisen, daß heute in einem Betrieb von 100 Arbeitern gegenüber dem Februar 1925 — in dem der Lebenshaltungsindex noch um 2 Proz. höher war als jetzt — jährlich rund 50 000 Mk. mehr Lohn gezahlt werden muß. Das könnte stimmen, wenn sich der Lohn des größten Teils der Belegschaft dieses Betriebes in der Nähe des Spitzenlohnes bewegen würde.

Einen solchen Betrieb gibt es jedoch in der „Api“-Gruppe nicht, Spitzenlöhne sind nur vereinzelt vorhanden und das Gros der Beschäftigten sind Kolleginnen zu einem ganz wesentlich niedrigeren Lohn. Hier zeigt sich, daß der Artikelschreiber in den „Api“-Mitteilungen sein Talent zum Bluffen und für Zahlenspielereten einmal mehr leuchten lassen wollte, nachdem ihm bessere Gründe für seine Beweisführung abgehen. Völlig vergessen hat er dabei, die Steigerung der Arbeitsleistung und den Unterschied im Lohnanteil am Arbeitsprodukt von damals und heute mit zu beachten. Für „große Wirtschaftspolitiker“ sind das Kleinigkeiten.

In der gleichen oberflächlichen Art wird ein Lohnabbau von 10 Proz. damit begründet, daß „der Arbeiter bei den Löhnen der Jahre 1925/26 auch bestehen konnte“, und daß „die Löhne bei einem Abbau von 10 Proz. noch hoch über denjenigen der genannten Jahre liegen“. Die in den drei letzten Jahren ungeheuerlich gestiegenen fixen Kosten des Arbeiterhaushaltes — für Wohnungsmieten, Steuern, Sozialabgaben, Fahrgehd und so vieles andere noch —, die weit mehr als die Hälfte des Arbeitseinkommens aufzehren, existieren anscheinend nicht. Auf diese Art wird versucht, die Deffektivität durch falsche Sachdarstellung zu — bluffen.

Die gleiche Irreführung der beruflichen Deffektivität versuchen die „Api“-Mitteilungen, indem sie als Willensausdruck des Wirtschaftsbeirats festhalten: „Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung der Löhne und Gehälter unvermeidlich.“ Dabei wissen die „Api“-Mitteilungen sehr genau, daß dies nicht der Willensausdruck des Wirtschaftsbeirats, sondern lediglich eine absolut falsche, den Tatsachen direkt ins Gesicht schlagende Schlussfolgerung der Reichsregierung darstellt.

Diese Beispiele aus den „Api“-Mitteilungen zeigen, wie mancher ob der Abwehrstellung der

Vorläufiges Resultat unserer Abstimmung.

Bis zum Abschluß dieser Nummer lag das Resultat der Abstimmung über die Erhöhung des Beitragsanteils für die Invalidenunterstützung aus 133 3 ahst ellen vor. In diesen Zahlstellen waren stimmberechtigt 21 044 Mitglieder, von denen 15 216 abgestimmt haben. Für die Erhöhung des Beitragsanteils stimmten 11 816, gegen die Erhöhung 3041 und ungültig waren 359 Stimmen.

In unserer nächsten Nummer werden wir das Gesamtergebnis bekanntgeben.

Gewerkschaften gegenüber weiterem Lohndruck alle Besinnung und jedes Gefühl für eine sachliche Darstellung der Dinge verliert.

Auch die „Kartonnagen- und Papierwaren-Zeitung“ gibt Zuschriften Raum, die gegen die karifische Bindung wettern. Einer der Artikelschreiber in diesem Blatt stellte jüngst einmal die „Tarifstreue“ seiner Kollegen ins rechte Licht, indem er schrieb: „... Und nun die Löhne. Es wird mit dem Betriebsrat ein Palaver veranstaltet, der Auftrag vorgelegt — der doch längst fest angenommen ist — und schließlich eine Reduktion der Löhne vorgenommen trotz Reichsttarif.“ Dieser Druck auf die Löhne, ausgeübt durch Stockprügel auf den Magen, wird veranlaßt durch das Motiv so vieler Kartonnagenfabrikanten, die nach dem Artikelschreiber auf dem Standpunkt stehen: „Ich will noch billiger liefern als du!“ Trotz dieses von ihm selbst angeführten Beispiels bringt es der Mann fertig, zu sagen, daß die Gewerkschaften gar keine Macht und viel leicht auch nicht einmal den Willen haben, die Durchführung gemeinsam abgeschlossener Tarife sicherzustellen. Die Tarif- und damit Vertragsuntreue einzelner Unternehmer wird so umgünstigt in mangelnden Willen der Gewerkschaften! Höher geht die Verdrehung wohl kaum noch zu treiben. Man sollte eigentlich seinem Rat folgen: „Der Kapitän muß mit dem Revolver in der Hand für Ordnung sorgen.“ Dieses Recht den Gewerkschaften gegeben, würde bald Ordnung schaffen.

Der Dritte im Bund der Heher gegen den Tariflohn darf nicht fehlen: das „Journal für Buchbinder“. Hier sind es die Innungsmeister, die ihrem gepreßten Herzen Luft machen, und zwar in der Art, die dem Kleinkrautertum in unserem Beruf eigen ist. Den Hauptton im Kranze der Vertragsgegner dieses Blattes gibt ein Dresdener Meister an, von dem unsere „Buchbinder-Zeitung“ vor jetzt sieben Jahren (Nr. 2 von 1925) geschrieben hatte:

„Vor einer Reihe von Jahren wurden die Versammlungen einer unserer größten Zahlstellen unsicher gemacht von einem Kollegen, der allen seinen Fleiß darauf verwandte, um sich in den Ruf eines Querulanten zu bringen. Das war ihm so leidlich gelungen, aber dann hörte man nichts mehr von ihm. Er hat sich in der Zwischenzeit selbständig gemacht und erfreut nunmehr die Innungsverammlungen durch lange Reden, die nicht immer Hand und Fuß haben sollen. Das genügt dem guten Mann jedoch nicht. In den Reichstagswahlen im Mai vorigen Jahres betätigte er sich als Volksredner, wobei er seinem gepreßten Herzen und seiner Entrüstung über den vermaledeiten Achtstundentag Luft machte. Es zeigte sich jedoch, daß auch das nichts für ihn war. Er erhielt von den Rednern der Arbeiterschaft ganz barbarische Überreibungen und schmolend zog er sich zurück, mit dem Unverstand der Menschheit habend. Doch seine doppelt hakentreibschwerte volkswirtschaftliche Seele drängt ihn nach neuer Betätigung. Und so ging er unter die Schriftsteller.“

Dieses Charakterbild wäre nicht vollständig, wenn sich der Mann nicht auch heute als Hauptschreiber im Kampf gegen den Tarifvertrag publizieren würde. „Tarifverträge sind nicht dazu da, unter allen Umständen aufrechterhalten zu werden... Sie müssen weg!“ Das ist bei ihm der Weisheit letzter Schluß, zumal er nicht mehr „in ausgefahrenen Gleisen weitererschittern will“. Er verlangt die „Willensfreiheit des einzelnen Menschen“, d. h. die Freiheit des Innungsmeisters, seine Gehilfen und Arbeiterinnen zu jedem Schandlohn beschäftigen

zu können. Dabei hält er es „für müßig, sich den Kopf zu zerbrechen, wer bei Tarifabbau die gesparten Löhne einsteckt“. Er rechnet damit, daß eine durch Lohndruck herbeigeführte Preislenkung — oft versprochen, nie durchgeführt! — der Ausfuhr neuen Antrieb geben wird. Dem guten Mann scheint nicht bekannt zu sein, daß sich das Ausland gegen das Lohndumping durch Zollmauern umfassender Art schützt.

Ein anderer Innungsmeister stellt der Lehrtätigkeit seiner Meisterkollegen ein eigenartiges Zeugnis aus, indem er schreibt: „Es gibt wohl überall noch Betriebsangehörige, die selbst den Grundlohn nicht verlangen dürfen, da sich die Leistung mit dem Grundlohn nicht verträgt.“ Wir sagen dagegen: Wer seine Lehrtätigkeit so ausübt, daß der Lehrling nicht fähig wird, berufliche Arbeit ordnungsgemäß auszuführen, dem muß die Berechtigung zum Lehrlingsausbilden genommen werden. Meister Knobloch aber will den Arbeiter auf sechs Tage „zur Probe“ einstellen und ihn dann entlohnen, wie es ihm beliebt. „Ein tüchtiger Buchbinder brauche keinen Tarif, und ein richtiger Meister auch nicht.“ Damit basta.

Diese kleine Blütenlese zeigt unseren Mitgliedern, wie heute im Unternehmerlager alles einig ist darüber, daß es dem Arbeiter zu gut geht, und daß darum der Hungerriemen immer enger gezogen werden muß. Dieser gemeinsame Sturm gegen den Lohn kann nur aufgehoben werden, wenn sich unsere Mitglieder die Stärkung des Verbandes nach jeder Richtung hin zum Ziel setzen, und wenn sie zur Erreichung dieses Zieles keine Mühe und kein Opfer scheuen. Nur der Verband bietet Schutz vor dem Ansturm der Feinde.

Entscheidungen zu unseren Reichsttarifverträgen.

Lohnentlohnungen.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Buchbindermeister hat den Reichslohntarif zum 30. Dezember gekündigt. Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen sollen am 16. Dezember in Leipzig stattfinden.

Kurz vor Abschluß dieser Nummer lief auch die Kündigung des Lohnabkommens für die Kartonnagenindustrie durch den Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten für den 14. Januar bei unserem Hauptvorstand ein.

Der Arbeitsmarkt im November.

Gegenüber dem Vormonat ist nur insofern eine geringe Entspannung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen, als die Zahl der Kurzarbeiter von 32,8 auf 24,8 Proz. zurückgegangen ist. Dagegen hat sich die Zahl der Arbeitslosen mit 32,6 Proz. fast auf der gleichen Höhe des Vormonats gehalten.

Ein Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten drei Monaten mit der gleichen Zeit vor einem Jahre zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

	1930	Arbeitslose	Kurzarbeiter
September	12 039	= 20,9 Proz.	14 737 = 25,6 Proz.
Oktober	12 003	= 21,0 Proz.	12 195 = 21,3 Proz.
November	11 511	= 20,2 Proz.	9 638 = 16,9 Proz.
	1931	Arbeitslose	Kurzarbeiter
September	17 303	= 32,5 Proz.	18 504 = 34,8 Proz.
Oktober	17 225	= 32,7 Proz.	17 283 = 32,8 Proz.
November	16 992	= 32,6 Proz.	12 963 = 24,8 Proz.

Die Vollarbeitsziffer ist gegenüber dem Vormonat von 34,5 auf 42,6 Proz. gestiegen.

Bei den männlichen arbeitslosen Mitgliedern sank die absolute wie relative Zahl der Arbeitslosen von 6389 = 33,7 Proz. auf 6181 = 32,5 Proz., während bei den weiblichen Arbeitslosen wohl auch die absolute Arbeitslosenziffer von 10 836 auf 10 811 zurückging, jedoch ergibt das Prozentverhältnis eine Steigerung von 32,1 auf 32,6 Proz., weil die Zahl der weiblichen Mitglieder um 470 zurückgegangen ist.

Branchenmäßig gesehen ist der Rückgang der Kurzarbeit in der Buchbinderbranche am stärksten. Dagegen leidet die Kartonnagenindustrie noch weiter in gleich starkem Maße unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression. In Seiffenhensdorf, einer der mittelgroßen Zahlstellen, welche die beste Geschäftskonjunktur in den letzten Jahren hatte, ist durch Auflösung bzw. Verlegung des Zigarettenzweigbetriebes „Drefag“ die gesamte Kolonnenkraft — 274 Mitglieder — arbeitslos geworden.

Der Mitgliederbestand ist um 400 zurückgegangen, er beträgt gegenwärtig 52 218, darunter 33 211 = 63,6 Proz. weibliche.

mk.

Der Ausschuß des ADGB.

trat am 25. November zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichstanzlers Stellung zu nehmen, in der dieser vom Standpunkt der Reichsregierung die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats zusammengefaßt hatte.

Genosse Grafmann betonte einleitend, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparitätischen Zusammenlegung selbstverständlich nicht in der Lage war, Beschlüsse zu fassen. Die Beschlüsse, die der Reichstanzler in der Schlussfugung des Wirtschaftsbeirats vortrug, sind daher in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirats, sondern Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats gezogen hat. Weder die Vertreter der Gewerkschaften, noch auch gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Beschlüsse zu setzen.

Grafmann gab dann in großen Zügen einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats, der ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sachlichen Gegensätzen bot, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im eigenen wohlverstandenen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandte, bekannte sich die Industrie — unter dem ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten — mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter.

Gegenüber dieser Auffassung haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Arbeitgeber eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhüten, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglich werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind. Die Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Gegen ausländische Schutzzölle ist die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das schärfste bekämpft werden.

Anschließend ergänzte Eggert den Bericht Grafmanns. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verschleierte Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, dann liegt es daran, daß England in größerem Umfange Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Deutschland dagegen hat nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Persönlichkeiten der gegnerischen Seite Verständnis für diese Aufgabe zu bestehen. So wurde z. B. von schmerindustrieller Seite erklärt, daß die Preisentwertung für Eisen und Kohle der Lohnsenkung prozentual entsprechen müsse. Indessen die Preisentwertung dieser Erzeugnisse wie die Senkung der Kartellpreise ist nach Auffassung der Gewerkschaften für die Lebenshaltungskosten fast bedeutungslos.

Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme.

Die Kontroversen im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Anwesenheit der Vertreter des ADGB zur Abwehr der Unternehmerpläne notwendig gewesen ist.

In den Ausführungen, mit denen Seipart die Aussprache eröffnete, wies er darauf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergegangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammenfassung des Wirtschaftsbeirates aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitglieds des Vorstandes der Reichstagsfraktion über die Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit Brüning. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Arbeitgeber nichts Neues gelehrt. Die Arbeitgeber wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Arbeitgeber zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung. Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren energischen Widerstand entgegensetzen.

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Übergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Die wirtschaftspolitische Tölpel der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Lohndumping entgegensetzt. Das aber heißt wieder alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Dieses Moment muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie

Gewerkschaftsblock gegen weltwirtschaftliche Störungen und Bruderkrieg.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben sich in gemeinsamen Besprechungen mit der politischen und wirtschaftlichen Lage eingehend beschäftigt. An den Besprechungen waren beteiligt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der ADGB, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich) und der Gewerkschaftsring (S.-D.).

Die Spitzenverbände wenden sich an die Öffentlichkeit mit folgender gemeinsamer Erklärung:

In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kredit-Systems herbeigeführt.

Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredites ist die zentrale, wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung

der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der inneren Lage Deutschlands notwendig.

Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungsskimming, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt.

Es sind zumeist die ärmsten Söhne des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen volkszerlegenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutalen Drohungen Verantwortungslosigkeit, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt!

zur Preisgabe der Tarifverträge. Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesausschuß mit größter Entschiedenheit.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichskanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen bekräftigt werden darf. Er führt unvermeidlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und einer Zuspitzung der politischen Situation. Die in unserer letzten Nummer wiedergegebene Entschiedenheit faßt das Ergebnis der Aussprache zusammen und wurde vom Bundesausschuß einstimmig angenommen.

Die Debatte über die zu erwartende Notverordnung entwickelte sich zu einer Aussprache über die politischen Konsequenzen, die sich ergeben können, wenn die Regierung fortfährt, die Lasten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterschaft aufzulegen. Es kam zum Ausdruck, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheint, in dem die Haltung der Gewerkschaften nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, sich das seither unerschütterte Vertrauen ihrer Mitglieder auch für fernere Zeit zu erhalten.

(Schluß folgt.)

Berichte.

Greifswald. Am 23. November fanden sich die Einzelmitglieder Greifswalds zusammen, um Ausführungen unseres Gauleiters, Kollegen Kemfer-Berlin, über: „Beitrags- und Unterstützungsfragen“ entgegenzunehmen. Kollege Kemfer gab einleitend ein umfassendes Bild über die Entwicklung der Klassenverhältnisse unseres Verbandes. Er betonte,

daß sich ein ansehnlicher Kassenbestand im Laufe der Jahre angeammelt habe, der jedoch den Anforderungen der gewaltigen Arbeitslosigkeit für die Dauer nicht standhalten kann. Es müsse, wenn eine allgemeine Beitragserhöhung bei den Mitgliedern keinen Anklang findet, an die Kürzung der Unterstützungen herangetreten werden. Schon jetzt sei jedoch notwendig, die Beiträge für die Invalidenunterstützung zu erhöhen und demzufolge bei der Urabstimmung mit „Ja“ zu stimmen. Nach Beantwortung einiger Fragen fand die Versammlung ihr Ende.

Hirschberg. In unserer gut besuchten Mitgliederversammlung sprach Gauleiter Kollege Brucks (Breslau) über „Sind die Gewerkschaften schuld an der Wirtschaftskrise?“ In seinen zweifelhafte Ausführungen erläuterte Redner in leicht verständlicher Weise unsere heutige Lage. Er verstand es ausgezeichnet, die Haltung der Gewerkschaften während des wirtschaftlichen Niederganges aufzuzeichnen. Solange die Industrie und ihre Trabanten an der Profitwirtschaft festhalten und nicht zur Bedarfswirtschaft übergehen, wird eine wesentliche Besserung nicht eintreten. Einigkeit der Mitglieder ist jetzt oberstes Gebot.

Auf die Maßnahmen des Verbandsvorstandes zur Invalidenunterstützung und der Beitragsregelung für diese wurde besonders eingegangen. Die Vorschläge des Verbandsvorstandes wurden gutgeheißen, die Abstimmung muß die vom Verbandsvorstand erstrebte Beitragsregelung bringen. Mit besonderer Anerkennung wurde des Durchhaltens der Beschlüsse des Verbandstages in allen Unterstützungsabteilungen unserer Organisation durch den Verbandsvorstand gedacht.

Redner behandelte auch die augenblickliche politische Lage. Er zeichnete trefflich auf, was wir als Arbeitnehmer außer den Ketten noch alles zu verlieren haben. Trotzdem die Zahlstelle Hirschberg geradezu katastrophal unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden hat (60 Proz. Arbeitslose und 30 Proz. Kurzarbeiter), können wir noch über einen guten Geist in unseren Mitgliedern berichten. Reicher Beifall belohnte den Kollegen Brucks für seine Ausführungen. So klein die Zahlstelle Hirschberg ist, sie wird die Erwartungen erfüllen, die auf sie gesetzt werden. — Nach der Erstattung des Kassenberichts wurde die Versammlung zum Abschluß gebracht.

Leipzig. Am 17. November fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Mit einem Dank für ihre Pflichterfüllung ehrte die Versammlung zunächst das Andenken der verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise. Kollege Zinke referierte sodann über „Die abgebauten Leistungen der Ortskrankenkasse, ihre Ursachen und Auswirkungen“. Vom Beginn der deutschen Sozialversicherung ausgehend, schilderte er die durch das Drängen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verkündete Verordnung vom 17. November 1881 und die dadurch geschaffenen Gesetze über die Krankenversicherung im Jahre 1883, über die Unfallversicherung im Jahre 1884 und über die Invaliden- und Altersversicherung im Jahre 1889. Durch diese drei Gesetze wurde die Fürsorge zum Nutzen der Werktätigen in völlig neue Bahnen gelenkt und bis 1914 ständig erweitert und ausgebaut. Krieg und Nachkriegszeit mit ihren Wirtschaftskrisen belasteten die Sozialversicherung ganz außerordentlich. Es wurden Änderungen getroffen, die große Anforderungen in Form erhöhter Beitragsleistungen an die Versicherten stellten, und trotzdem mußte noch ein Abbau der Versicherungsleistungen durchgeführt werden. Heute kann man die Sozialversicherung als einen Barometer des Wirtschaftslebens ansehen. Auf Grund der Wirtschaftslage am Ort und der Finanzlage der Ortskrankenkasse sind am 2. November eine Reihe einschneidender Satzungsänderungen in Kraft getreten. Kollege Zinke begründet an Hand von Zahlenmaterial die Notwendigkeit der Maßnahmen, denen sich der Ausschuss aus eigenem Verantwortungsgefühl habe anschließen müssen, um nicht das Oberversicherungsamt bestimmen zu lassen. Reichen Beifall sollte die Verammlung seinen Ausführungen.

Kollege Hesse ging anschließend auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ein. Im dritten Vierteljahr hat die Arbeitslosigkeit schon immer ihren Höchststand erreicht. Im Juli waren 2400, im August 2677 und im September 2648 Verbandsmitglieder arbeitslos. Der Rückgang im September ist auf Rückrufe zurückzuführen, die Reueinstellungen waren jedoch nur kurze Ausbülfen. Im verfloffenen Vierteljahr wurden 13 Betriebsstilllegungen durchgeführt, von denen 60 Gehilfen und 163 Arbeiterinnen betroffen wurden. Bis heute haben bereits weitere 6 Betriebsstilllegungen stattgefunden, eine Reihe anderer sind angemeldet. Die Firma J. J. Weber benutzte die Stilllegungsverordnung, um übertarifliche Löhne abzubauen. Nur durch die geschlossene Front der graphischen Berufsgruppen konnte diese Absicht verhindert werden. In Anbetracht des völligen Tiefstandes der Gesamtwirtschaft und unseres Gewerbes ist kaum damit zu rechnen, daß das vierte Vierteljahr eine wesentliche Besserung bringen wird. Durch eine Statistik konnte festgestellt werden, daß im Juli von 6000 Berufsangehörigen der Großbuchbindereien nur 6 Proz. voll beschäftigt waren. Ein noch trübleres Bild zeigte die Dauer der Arbeitslosigkeit am 1. November. Es waren arbeitslos:

62	Gehilfen und	79	Arbeiterinnen	26	Wochen
271	"	"	248	"	1 Jahr
121	"	"	112	"	1 1/2 Jahre
143	"	"	103	"	2 "
73	"	"	63	"	über 2 "

insgesamt 1275 Personen, die die monatliche Ausgesteuerten- und über 500 Personen, die die statistische Unterstützung erhielten. Trotz der großen Arbeitslosenzahl waren einige Firmen schamlos genug, Ueberstunden, sogar Feiertagsarbeit zu verlangen (Reformationsfest). Einer Firma, die sich mit Aufträgen übernommen hat und darum in Schicht arbeiten läßt, hat der Arbeiterrat die Sonntagsarbeit abgelehnt. Die Firma will dem Arbeiterrat einen Prozeß andängen. — Hesse berichtet auch über die Laufdauer der einzelnen Beiträge, über den tariflosen Zustand mit dem Bund Deutscher Buchbinder-Innungen, der Anweisungen zum Wohnabbau gegeben hat, und über die noch nicht beendeten Verhandlungen über den Lohngesamtarbeitervertrag. Die Verhandlungen über die 40-Stunden-Woche sind ergebnislos verlaufen. — Seit März 1930 zählt die Lokalkasse, seit Juni 1930 die Zentralkasse eine Sonderunterstützung für ausgesteuerte Mitglieder. Diese Ausgabe hat sich von Vierteljahr zu Vierteljahr derart gesteigert, daß die Verwaltung zu einer Neuregelung Stellung nehmen mußte, um den Ärmsten der Armen weiter helfen zu können, aber auch um diejenigen, die noch arbeitslos werden, nicht vor verbrauchte Kassen zu stellen. Die Verwaltung beantragte darum, die gleichen Sätze, wie sie die Zentrale zahlt, auch von der Lokalkasse zu zahlen und auch die Bezugsdauer nach den geleisteten Beiträgen zu staffeln. Diejenigen Mitglieder, die nach dieser Staffelnung die lokale Exträunterstützung erhalten haben, scheiden am 31. Dezember aus. Weiter war der Antrag gestellt worden, die lokale Invalidenunterstützung auf die Hälfte der seitherigen Sätze zu kürzen.

Anschließend erstattete Kollege Bönisch den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß sich die miltliche Lage auf dem Arbeitsmarkt naturgemäß in den Kassenverhältnissen widerspiegelt und daß die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre um die Hälfte zurückgegangen

sind und aus diesem Grunde ein Zuschuß von 100 000 M. aus der Verbandskasse erforderlich war. In der Lokalkasse war im zweiten Vierteljahr eine Mehrausgabe von 15 000 und im dritten Vierteljahr von 16 000 M. zu verzeichnen. Es gilt jetzt, die Ausgaben zu drosseln, um den Kassenbestand auf einer gewissen Höhe zu erhalten.

In der Diskussion brachte Kollegin Hempel zum Ausdruck, daß die Aufforderung, keine Ueberstunden- und Sonntagsarbeit zu leisten, leider nicht bei der gesamten Kollegenschaft durchgedrungen sei. Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften hätten versagt, und sie folgerte daraus: „Weg mit der gesamten Unterstützungseinrichtung und Schaffung von Kampforganisationen.“ Sie sprach den Gewerkschaften das Vertrauen ab, heute noch eine erfolgreiche Tarifpolitik betreiben zu können, sie streifte zur Einheit der Arbeiterklasse auf. Kollege Müller ging auf die Berichte ein und empfahl die Annahme der Anträge. Er widerlegte die Auffassung der Kollegin Hempel über unsere Unterstützungseinrichtungen, kennzeichnete die verwerfliche Politik und Taktik der Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsbewegung und den Wert des Rufes nach Einheit, wozu sie kein Recht habe. Die Kollegen Müller und Thalheim sprachen sich für Beibehaltung der alten lokalen Invalidenunterstützungssätze aus. — Im Schlusswort unterstrich Kollege Hesse die Darlegungen des Kollegen Müller. Er hob hervor, daß die Ausführungen der Kollegin Hempel nicht von dem seither üblichen Unterton getragen waren. Der Ruf nach Einheit sei wahrnehmlich aus der Erkenntnis der großen Gefahr, in der die Arbeiterklasse steht, erfolgt. Er wünscht, daß es der Ruf aller sein möge, die es ehrlich mit der Arbeiterbewegung meinen. Die von der Verwaltung gestellten Anträge wurden gegen wenige Stimmen angenommen.

Kollege Bönisch sprach sodann über die Erhöhung des Anteils zur Invalidenunterstützung. Er zeigte an Hand von Zahlen den Aufbau und die Berechnung der Unterstützungssätze, die mehrmaligen Erhöhungen, den Kapitalfonds und die steigende Zunahme der Invaliden und damit der Ausgaben. Er empfahl restlose Beteiligung an der Urabstimmung und Zustimmung zur Erhöhung der Invalidenbeiträge. — In der Diskussion zeigte Kollege Schabader, wie und mit welchen Mitteln der Verbandsvorstand den gesamten Beitrag abotiert habe. Seit dem Verbandstag in Düsseldorf habe der Verbandsvorstand alle das Verbandsleben berührenden Fragen von sich aus erledigt. Die Mehrheit des Beirats habe, nachdem der Verbandstag auf ein Jahr verlegt wurde, verlangt, den Beirat zusammenzutreten zu lassen, um über die Fragen zu sprechen, die sich in der Krisenzeit herausgestellt haben, und um dem vorzubeugen, was dem Verbandsvorstand nun selbst über den Kopf gemachsen ist. Schwere Einschnitte sind durch die Mißachtung des Beirats durch den Verbandsvorstand in den Kassenverhältnissen entstanden. Nun brauche der Verbandsvorstand die Mitglieder, sie sollen zu einer Zwischenlösung beitragen. Es erscheine unmöglich, daß der Verbandstag einen solch hohen Beitrag festlege, der das Veräumdete wieder gutmachen könne. Die letzte Funktionärversammlung habe sich hiermit beschäftigt und den Beschluß gefaßt, durch die Ortsverwaltung Beschwerde beim Verbandsauschuss zu erheben. — In der Diskussion wurde dem Verbandsvorstand ein Mißtrauen ausgesprochen. Die Kollegen Bönisch, Hesse und Haßner gingen auf die ganze Angelegenheit ein, sie vertraten die Auffassung, daß der Streit nur durch den Verbandsauschuss bzw. Verbandstag geklärt werden kann. Kollege Haßner verwies zum Schluß auf die Urabstimmung zur Erhöhung der Invalidenbeiträge.

Nachschrift der Redaktion: Die vom Kollegen Schabader gegebene Sachdarstellung bedarf einer Richtigstellung. Einzelne Beiratsmitglieder haben mehrfach versucht, eine Mehrheit für den Zusammentritt des Beirats zu erlangen. Alle Versuche nach dieser Richtung haben jedoch nicht zum Ziele geführt. In keinem Stadium der Verhandlungen ist eine Mehrheit für den Zusammentritt zu erreichen gewesen. Damit fallen alle Anschuldigungen des Kollegen Schabader über Sabotierung und Mißachtung des Beirats in sich zusammen. Einem Mehrheitswillen würde sich der Verbandsvorstand jeberzeit gefügt haben.

Nürnberg-Fürth. Je eine gut besuchte Mitglieder- versammlung fand statt am 24. November in Nürnberg und am 25. November in Fürth. In beiden Versammlungen referierte Kollege Weinköder über „Die Notwendigkeit der Verdoppelung des für die Invalidenversicherung vorgesehenen Beitragsanteils“. Redner wies nach, daß die Zahl der Invaliden in den letzten vier Jahren annähernd um das Vierfache gestiegen ist. Schon die Jahre 1928 und 1929 wiesen die doppelte Steigerung auf als die Jahre 1926 und 1927. Ganz besonders hoch ist die Steigerung von Anfang des Jahres 1930 bis zum 1. Oktober 1931. Diese Steigerung ist auf den wirtschaftlichen Niedergang zurückzuführen. Vielen Kollegen und Kolleginnen, die im vorgeschrittenen Alter ihre Arbeitsstelle verlieren, ist

es unmöglich, einen neuen Arbeitsplatz zu erlangen. Durch lange Arbeitslosigkeit körperlich und seelisch zermürbt, bleibt zuletzt nur noch die Invalidität. Seit dem Jahre 1930 sind ganz erhebliche Summen aus dem Reservefonds entnommen worden, um die laufende Unterstützung zu zahlen. Jetzt muß etwas geschehen, um die Zuschüsse aus dem Reservefonds überflüssig zu machen oder sie auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Der Verbandsvorstand hat als verantwortliche Instanz nunmehr die Urabstimmung angeordnet. Niemand kann wissen, ob er nicht über kurz oder lang ebenfalls zu den Invaliden zählen und die Wohltaten der Invalidenunterstützung genießen wird. So sehr uns die Verdoppelung der Beitragsanteile zur Invalidenunterstützung belastet, so notwendig ist es, ihr zuzustimmen. Die endgültige Sanierung wird der im Mai 1932 stattfindende Verbandstag vornehmen.

Nachdem Kollege Herber noch einige Ergänzungen zum Vortrag gebracht hatte, zeigte sich in der Diskussion durcweg die Auffassung, daß die zur Urabstimmung stehende Frage bejaht werden muß. Die in beiden Versammlungen ausgefüllten Abstimmungs- zettel wurden sämtlich mit „Ja“ beantwortet. Daraus geht hervor, wie sehr es allen Kollegen und Kolleginnen am Herzen liegt, diesen Unterstützungszweig auf die Dauer zu erhalten.

Warnung vor internationalen Schwindlern.

Die deutschen Gewerkschaften werden in letzter Zeit häufig von internationalen Schwindlern heim- gesucht, die auf Grund gefälschter Legitimations- karten bei den örtlichen Bevollmächtigten oder Kassier- tern Unterstützung zu erschwindeln suchen. Ein solcher Gauner ist jetzt in Stargard festgenommen worden, nachdem er die Zahlstellen des Verbandes der Tabak- arbeiter in Schlesien heimgesucht hatte. Anscheinend arbeiten mehrere zusammen, da er sich in einem Ort seiner Festnahme durch Flucht mit Hilfe eines bereits befehlten Autos entziehen konnte.

Bei seiner Festnahme wurden bei ihm 100 franzö- sische und 100 spanische Gewerkschaftskarten gefunden, die mit Stempeln nachstehenden Wortlauts versehen waren:

Federation National d. Cuirs et Peaux
211, Rue Laffajete Paris X. e. M. Roux.
und
Federacion Grafien Expagnola
Casa del Pueblo Madrid
International Sekretariat.

Wir erluchen unsere Ortsverwaltungen dringend, auf solche Schwindler zu achten und sie gegebenenfalls der Polizei zu übergeben.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Einkellung der Lokalunterstützung in Gera. In- folge der durch Arbeitslosigkeit bedingten ungünstigen Lokalkassenverhältnisse muß die Zahlstelle Gera vor- läufig die Lokalunterstützung für durchreisende Kol- legen bis Ende März 1932 einstellen.

★

Adressenänderung.

Saalfeld a. d. Saale. B.: E. Strauß, Schloßstr. 4.
K.: B. Diekmann, Alter Markt 16.
Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Sturm auf den Lohn!
- Vorläufiger Reßfall unserer Urabstimmung.
- Entscheidungen zu unseren Reßstarifverträgen: Wohntarifkündigungen.
- Der Arbeitsmarkt im November.
- Der Ausschuss des ADGB.
- Gewerkschaftsblock gegen weltwirtschaftliche Störun- gen und Bruderkrieg.
- Berichte: Greifswald — Hirschberg — Leipzig — Nürnberg-Fürth.
- Warnung vor internationalen Schwindlern.
- Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Ein- stellung der Lokalunterstützung in Gera — Adressen- änderung.

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 52

Gründung: 1892.
 Preis: 1,30 M. pro Postbezug.
 Befreiung bei allen Postkonten.

Berlin, den 20. Dezember 1931

Verlag: Berlin 62, Neuer Markt 6-12 IV.
 Fernruf: Berlin 82, Kupfergraben 1129.
 Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

An unsere Mitglieder!

Die seit Wochen angekündigte neue Notverordnung — die auch eine gleichmäßige Senkung der Preise und Löhne enthalten sollte — ist von der Reichsregierung am 8. Dezember verkündet worden, sie trat am 9. Dezember in Kraft. Der sechste Teil der Notverordnung betrifft die arbeitsrechtlichen Vorschriften.

Er bedeutet einen unerhörten Eingriff in das Tarifrecht

und in die auf Grund desselben abgeschlossenen Lohn- und Tarifverträge insoweit, als diese mit dem 1. Januar 1932 für null und nichtig erklärt werden. An Stelle der jetzigen Tariflöhne müssen die treten, die für den 10. Januar 1927 Geltung hatten. Damit hat die Reichsregierung dem entsprochen, was die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in ihrer vom 28. September 1931 datierten, dem Reichskanzler überreichten vertraulichen Denkschrift gefordert hat. Wenn die Löhne der laufenden Tarifverträge mehr als 10 Proz. über den Tariflöhnen vom 10. Januar 1927 liegen, dann tritt eine Kürzung um 10 Proz. ein. Bei Löhnen, die seit dem 1. Juli 1931 nicht durch tarifliche Vereinbarung herabgesetzt worden sind, tritt eine Kürzung von 15 Proz. ein. Der Lohn darf jedoch durch diese Kürzungen nicht niedriger werden, als er am 10. Januar 1927 war. Für den größten Teil unserer Mitglieder, die ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen bis jetzt durch Reichstarife geregelt haben, tritt dadurch ab 1. Januar 1932 eine 15prozentige Lohnsenkung ein.

Gegen diese gewaltige Verschlechterung der Löhne erheben wir schärfsten Protest,

durch sie wird ein furchtbarer Druck auf die Lebenslage der von unserer Organisation vertretenen Berufsangehörigen ausgeübt, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß mehr denn 30 Proz. von Kurzarbeit betroffen sind.

Die durch den ersten Teil der Notverordnung in Aussicht genommene Senkung der Lebenshaltungskosten dürfte nach vorsichtigen Schätzungen ab 1. Januar 1932 nur etwa 5 Proz. ausmachen. Inwieweit für spätere Zeit eine weitere Senkung der Lebenshaltungskosten zu erwarten ist, mag einstweilen dahingestellt sein. Zunächst steht unserer Kollegen-schaft dem um 15 Proz. verminderten Einkommen nur eine verminderte Ausgabe für die Lebenshaltung von 5 Proz. gegenüber, so daß sie eine weitere 10prozentige Verschlechterung ihrer künftigen Lebenshaltung auf sich zu nehmen gezwungen wird.

Noch in letzter Stunde, bevor die Notverordnung erlassen wurde, hat der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Leipart, an den Reichskanzler Dr. Brüning die ernsteste Warnung davor gerichtet, „an einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Ausschaltung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabzusetzen.“ Kollege Leipart erhob im Namen des ADGB „gegen diese Absichten in letzter Stunde nochmals entschiedenen Protest. Er warnte die Reichsregierung, den Weg der Lohnsenkung noch weiter zu gehen und protestierte insbesondere gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht“. Er betonte, daß „die voraussehbaren Folgen, die sich ergeben müßten, auch die Regierung nicht tragen könne“ und erklärte, daß „die Gewerkschaften jegliche Verantwortung hierfür ablehnen“.

Dieser Protest und diese Warnung an die Reichsregierung haben diese jedoch nicht veranlassen können, den Eingriff in das Tarifrecht in solch harter Form, wie geschehen, zu vollziehen. Die Regierung hat alle Proteste beiseite geschoben und mit diktatorischer Gewalt und der ihr auf Grund des Artikels 48 der Verfassung zustehenden Machtbefugnis die Notverordnung beschlossen.

Sie und mit ihr die gesetzgebenden Körperschaften tragen für diesen Eingriff in das Tarifrecht die alleinige Verantwortung.

Unsere Organisationsleitung wird im Rahmen der gegebenen Verhältnisse alles tun, damit nicht aus den Bestimmungen der Notverordnung außer den Lohnsenkungen noch weitere Nachteile für unsere Kollegen-schaft entstehen.

Der Verbandsvorstand.

Verordnete Not!

Die vierte Notverordnung der Regierung Brüning soll neben der Ausbalancierung der Staats-, Länder- und Kommunalstats die An-kurbelung der Wirtschaft bringen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wieder herbeiführen. Die Bestimmungen der Notverordnung können jedoch diesem Zweck nicht gerecht werden, da sie den ehrlichen Willen vermissen lassen, alle Volksteile als Träger der jetzigen Notzeit gleichwertig zu behandeln. In einseitigster Weise drückt die Notverordnung fast nur auf den Arbeitslohn der Masse der Bevölkerung, hinter den der Büttel des zwangsläufigen Diktats gestellt wurde, während alle anderen Bestimmungen Gelegenheit geben, durch Hintertüren der verschiedensten Art dem Mit-tragen der Not auszuweichen. Das Einkommen der Arbeiterschaft wird — soweit sie noch Beschäftigung hat — diktatorisch auf einen Stand zurückgeschraubt, der eine Massenverelendung bringen muß, das Einkommen der Großverdiener in Industrie, Handel und Landwirtschaft dagegen bleibt nahezu unangefochten.

Die Maßnahmen der Verordnung können ihrer Zweckbestimmung nicht genügen. Die geplante Ausbalancierung des öffentlichen Etats muß an den infolge des ungeheuerlichen Lohn-drucks anfallenden Mindererträgen an Steuern scheitern. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt kann nicht durch Lohndruck erzwungen werden, da sich das Ausland dieses Lohn-dumping durch Schutzzölle vom Leibe hält. Die Steigerung des Verbrauchs im In-land und damit die Ankurbelung der Wirtschaft ist nicht möglich, wenn das Arbeits-einkommen gesenkt und dadurch die Kaufkraft gedrosselt wird. Verminderung der Kaufkraft jedoch bedeutet Verminderung des Verbrauchs und damit Abschnürung der Warenherstellung und Steigerung der Arbeitslosigkeit. Anschwellende Arbeitslosenziffern bringen größere Anforderungen an die sozialen Versicherungseinrichtungen mit sich und weitere Belastungen des Staatshaushaltes durch vergrößerte Schrumpfung der Steuereinkommen. Damit beginnt dann der Kreislauf wieder von vorn und das Ende ist das — Chaos.

Die Notverordnung will durch einen ge-linden Preisdruck einen Ausgleich für die zurückgedrängten Löhne bringen, der Real-lohn soll nicht gesenkt werden. Mit diesem Wollen ist es nicht ernst gemeint. Die Väter der Verordnung wissen sehr gut, daß trotz des Versprechens einer allgemeinen Preis-